

Ein Rundschreiben Amerikas.

Berlin, 29. März. Der Vertreter des Wolffschen Bureaus in Washington meldet durch Funkenspruch: Die Vereinigten Staaten von Amerika werden alsbald zur Information aller Nationen einen umfassenden Bericht über ihre Stellungnahme zur Führung des Unterseebootskrieges und zur Bewaffnung der Kauffahrer zu Verteidigungszwecken abfassen. Wahrscheinlich wird diesbezüglich ein Rundschreiben an die Mächte gerichtet werden.

Diese Verlautbarung, die unter sorglicher Bedachtnahme auf alle von beiden Seiten der europäischen Kriegführenden geltend gemachten Ansprüche vorbereitet wird, wird als Richtlinie für die amerikanische Regierung bei künftigen Verhandlungen dienen.

Es wird erklärt, daß die Vereinigten Staaten von Amerika unabänderlich ihre bereits aufgestellten Grundsätze vertreten. Man glaubt, daß die Verlautbarung eine Grundlage für die völkerrechtlichen Bestimmungen nach dem Kriege liefern wird, die sich auf den Gebrauch der Unterseeboote im Seekriege beziehen.

Während seiner Abwesenheit von Washington beschäftigte sich Staatssekretär Lansing mit einer großen Anzahl ihm zugegangener Angaben über Tauchboote und bewaffnete Kauffahrer.

Der Vorschlag Lansings über die Entwaffnung der Handelsschiffe vom Vierverband abgelehnt.

B. Berlin, 29. März. Der Vertreter des Wolffschen Bureaus in Washington meldet durch Funkenspruch:

Die Alliierten haben einzeln auf den Vorschlag des Staatssekretärs Lansing betreffend die Entwaff-

nung aller Kauffahrer geantwortet. Tatsächlich haben sie den Vorschlag abgelehnt.

Eine Anfrage der amerikanischen Regierung in Berlin.

A. Washington, 29. März. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Staatssekretär Lansing teilt mit, daß der amerikanische Botschafter in Berlin beauftragt wurde, bei der deutschen Regierung anzufragen, ob die Dampfer „Suffez“ und „Englishman“ von deutschen Unterseebooten torpediert worden seien.